

Landkreis Ravensburg

den 16. Feb. 2021

Niederschrift

über die Sitzung des Sozialausschusses
am 29.09.2020 im Landratsamt Außenstelle Weingarten, Sauterleutestr. 34, Weingarten,
Sitzungssaal Raum 009

Dauer 15:00 Uhr bis 17:30 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 23 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers

stellvertr. Vorsitzende/r

Herr Dr. Andreas Honikel-Günther Erster Landesbeamter

CDU

Herr Roland Bürkle

Frau Margarete Eger

Herr Rolf Engler

Herr Josef Forderer

Herr Thomas Kellenberger

Herr Peter Müller

Herr Daniel Steiner

Frau Sonja Wild

FWV

Herr Markus Ewald

Frau Sandra Flucht

Herr André Radke
Herr Peter Smigoc
Frau Christa Stierle

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf
Herr Gereon Güldenber
Frau Carmen Kremer
Frau Elke Müller
Frau Doris Zodel

in Vertretung für KRin Natalis

SPD

Herr Peter Clément
Frau Gisela Müller

FDP

Herr Dr. Roland Dieterich

in Vertretung für KR Schneider

Die Linke

Herr Lars Raible

Protokollführerin

Frau Dagmar Schöbel

von der Verwaltung

Frau Diana E. Raedler
Herr Jörg Urbaniak
Frau Sabine Bracciale
Herr Norbert Burgmaier

Dezernentin Arbeit und Soziales
Amtsleiter Sozial- u. Inklusionsamt zu TOP 5
zu TOP 3
zu TOP 4

Abwesend:

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Dorothee Natalis

wird vertreten von KRin Zodel

ÖDP

Herr Prof. Dr. Wolfgang Dieing

FDP

Herr Oliver Schneider

wird vertreten von KR Dr. Dieterich

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Angelegenheiten der Stabsstelle Sozialplanung

3. 0112/2020
Konzeption zum Ausbau des Pflegestützpunktes

Mitteilungsvorlagen

4. 0115/2020
Mietobergrenzen Landkreis Ravensburg - Aktualisierung 2020
5. 0111/2020
Ergebnisse der Organisationsuntersuchung im Sozial- und Inklusionsamt
6. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

Nichtöffentliche Sitzung

Angelegenheiten des Amtes für Finanzen, Beteiligungen und Kreislaufwirtschaft

7. 0049/2020
Fortschreibung Kreisstrategie 2021
8. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

Öffentliche Sitzung

1. **Änderung der Tagesordnung**

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

2. **Protokoll der vorausgegangenen Sitzung**

Zum Protokoll gibt es keine Änderungswünsche.

Angelegenheiten der Stabsstelle Sozialplanung

3. 0112/2020

Konzeption zum Ausbau des Pflegestützpunktes

KRin Fiegel-Hertrampf möchte jede Gemeinde gleichbehandelt sehen. Vor Ort müssten überall Sprechstunden angeboten werden. Eine bessere Vernetzung sei ihr ebenso ein Anliegen.

KRin G. Müller bemängelt, dass in Corona-Zeiten schnell ein „Loch“ entstanden sei. Dies habe zu Unmut in den begleitenden Gremien geführt. Sie fragt, ob Sachverhalte nicht rechtzeitig von der Caritas Bodensee-Oberschwaben kommuniziert worden seien und wer für die Einarbeitung neuer Mitarbeitender zuständig sei.

KR Ewald bedauert den Verlust einer sehr guten Mitarbeiterin der Caritas am Standort Weingarten, will den Blick aber nach vorne richten. Er bittet darum, das Thema „Aufsuchende Arbeit“ im Fokus zu behalten. Der Bedarf sei groß. Außerdem solle das Augenmerk auf die Auswahl der geeigneten Menschen bei der Besetzung der Stellen gerichtet werden. Davon hänge der Erfolg maßgeblich ab. Er biete einen Raum im Rathaus Weingarten für Außensprechstunden an.

KR Kellenberger begrüßt den Ausbau von derzeit 3,5 auf 5,4 Vollzeitstellen. Dies sei eine wesentliche Verbesserung. Er weist darauf hin, dass es im Wesentlichen um aufsuchende Arbeit und weniger um Außensprechstunden gehe. Er fragt, ob man bis zum 01.01.2021 überhaupt alle 5,4 Stellen besetzen könne und ob die Annahme

einer freiwilligen Beteiligung privater Kranken- und Pflegeversicherungen im Arbeitsgremium realistisch sei.

Frau Raedler antwortet KRin G. Müller, es bestehe für den Landkreis grundsätzlich die Möglichkeit, Aufgaben zu delegieren, auch die Stadt Ravensburg habe ein Delegationsinteresse bekundet. Mit der heutigen Vorlage werde lediglich der Rahmen abgesteckt; Detailfragen wie etwa zu Fragen der Zusammenarbeit oder Außensprechstunden würden später geklärt. Außensprechstunden werde man nicht in jeder Gemeinde anbieten können, sie seien aufgrund der künftig besseren personellen Ausstattung der Pflegestützpunkte jedoch ausbaubar. Aufsuchende Arbeit sei den meisten Personen lieber. Personelle Defizite würden zurzeit bestmöglich von den Mitarbeiterinnen der Pflegestützpunkte abgefangen. Man wolle die neuen Stellen schnellstmöglich ausschreiben und gut besetzen. Herzblut und Identifikation seien wichtige Kriterien. Da Nachbarlandkreise ebenfalls Mitarbeitende suchten, komme es jedoch zu einer Konkurrenzsituation. Man hoffe, 4 der 5,4 Stellen bis zum 01.01.2021 besetzen zu können. Die offene Beteiligung der privaten Kranken- und Pflegeversicherungen im Arbeitsgremium sei einen Versuch wert.

KRin Stierle fragt, ob alle Mitarbeitenden eines Pflegestützpunktes gleichberechtigt seien oder ob es einen Leiter gebe. Auch sie halte die aufsuchende Arbeit für entscheidend. Diese müsse grundsätzlich sichergestellt sein, und zwar nicht nur „in begründeten Fällen“, wie in Anlage 1 auf Seite 10 unten formuliert.

KR Forderer fragt, warum Bergatreute nun dem Standort Ravensburg zugeordnet sei anstatt wie bisher Bad Waldsee.

KR Engler schmerzt die Veränderung einer in der Vergangenheit gut funktionierenden Struktur. Das neue Konzept müsse als „atmende Verordnung“ verstanden und situativ angepasst werden. Dabei halte er Dezentralität für wichtig. Alle ehemals Beteiligten sollten als Partner wieder mit dabei sein, so wie auf Seite 15 aufgezählt. Die Frage sei, wie das Thema für einen flächenmäßig so großen Landkreis wie Ravensburg bewältigt werden und die Einbindung aller Organisationen gelingen könne. Kurze Wege, gute Erreichbarkeit und eine kurzfristige Kontaktaufnahme innerhalb von ein bis zwei Tagen seien ihm wichtig. Mitglieder von Selbsthilfegruppen sowie ehrenamtliche und sonstige zum bürgerschaftlichen Engagement bereite Personen und Organisationen sollten nicht „nach Möglichkeit“, wie auf Seite 16 formuliert, sondern verbindlich eingebunden werden. Mit den Kommunen sollten Gespräche über Sozial-

räume und Quartiersbetreuung aufgenommen werden. Er dankt Frau Raedler für ihre Arbeit zum Thema Pflegestützpunkte.

KRin G. Müller betont die telefonische Erreichbarkeit. Betroffene kämen oft nicht durch und seien nicht internetaffin. Man benötige eine geschaltete Telefonzentrale und einen Rückruf innerhalb von ein bis zwei Tagen.

Frau Raedler sagt zu, die aufsuchende Beratung sicherzustellen und das Konzept flexibel zu handhaben. Bei Beteiligung und Austausch müsse das richtige Maß gefunden werden. Stadt seniorenräte sollten nicht ausgeschlossen werden, als Landkreis habe man es jedoch eher mit den Kreisseniorenräten zu tun. Zwei Stadt seniorenräte seien dort auch im Vorstand. Quartiersbetreuung sei im Sozialdezernat ein Thema, auch wenn dies nicht explizit im Konzept erwähnt werde. Die Intensität der Bearbeitung hänge von den einzelnen Gemeinden ab. Die telefonische Erreichbarkeit müsse technisch funktionieren. Zwei weitere Mitarbeiterinnen würden hier unterstützen und Telefonate annehmen.

Frau Bracciale ergänzt, wenn sich eine Mitarbeiterin in einer Telefonberatung befinde, würde bei einem neuen Anruf automatisch der Anrufbeantworter anspringen und nicht etwa ein Besetztzeichen zu hören sein. Ein Rückruf sei nicht immer möglich, da zum Teil die Rufnummer nicht angezeigt werde, keine Nachricht auf dem Anrufbeantworter hinterlassen werde oder Anrufende selbst über keinen solchen verfügten.

KR Engler besteht auf einer Einbindung der Stadt seniorenräte. Diese seien im Konzept unter Punkt 11 auf Seite 16 explizit genannt. Er wünsche sich außerdem eine Textergänzung bezüglich der Fortschreibung der Quartiersbetreuung sowie eine verbindliche statt freiwillige Beteiligung der im Landkreis zugelassenen Dienste, Pflegeeinrichtungen sowie der privaten Kranken- und Pflegeversicherungen im Arbeitsgremium unter Punkt 12 c) auf Seite 17.

KRin Kremer informiert, wegen des Themas Quartiersbetreuung müsse die Gemeinde auf den Landkreis zukommen.

Frau Raedler erklärt, die Sozialräume seien nach Einwohnerzahl, Entfernungen und Verbindungen neu zugeschnitten worden. Bergatreute sei daher nicht Bad Waldsee, sondern Weingarten zugeordnet worden. Zur Frage von KRin Stierle antwortet sie, die Mitarbeitenden eines Pflegestützpunktes seien gleichberechtigt. Bei fünf Pflege-

stützpunkten im Kreis sei eine Koordination jedoch sinnvoll. Diese werde von der Leitung der Stabsstelle Sozialplanung wahrgenommen.

KRin Fiegel-Hertrampf meint, die Angestellten der Pflegestützpunkte müssten Ansprechpartner vor Ort haben und nicht „über fünf Ecken“.

Abstimmung über den Antrag von KR Engler, den Text auf Seite 17 zu Punkt 12 c) in der letzten Zeile um das Wort „verbindlich“ zu ergänzen.

Beratungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmung über den Antrag von KRin Stierle, den letzten Satz auf Seite 10 zu Punkt 8 zu ändern in: „Eine aufsuchende Beratung ist sichergestellt.

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Modifizierter Beschlussentwurf aufgrund des Antrags von KRin Stierle:

1. Dem Entwurf der Konzeption zum Ausbau des Pflegestützpunktes im Landkreis Ravensburg nach § 7c Abs.6 SGB XI wird **mit der auf Seite 10 zu Punkt 8 beschlossenen Textänderung** (~~In begründeten Fällen ist eine aufsuchende Beratung sichergestellt.~~ **Eine aufsuchende Beratung ist sichergestellt**) zugestimmt (**Anlage 1**).
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, den Pflegestützpunktvertrag gemäß § 7c Abs. 1a SGB XI (**Anlage 2**) zu unterzeichnen.

Beratungsergebnis: mehrheitlich modifiziert beschlossen

Mitteilungsvorlagen

4. 0115/2020

Mietobergrenzen Landkreis Ravensburg - Aktualisierung 2020

KRin G. Müller erkundigt sich, wie sich das Jobcenter verhalte, wenn Menschen bedingt durch Corona kurzfristig Unterstützung benötigten und wie die Toleranzspanne bei teureren Wohnungen ausfalle.

Herr Burgmaier gibt an, die Vermögensobergrenzen seien geändert worden, und es gebe befristet bis zum 31.12.2020 ein vereinfachtes Antragsverfahren. Das SGB II sei dynamisch. Aktuell sei ein 11. SGB II-Änderungsgesetz in Arbeit. Für 6 Monate würden die tatsächlichen Kosten übernommen. Danach werde der Leistungsberechtigte zur Anmietung einer preislich angemessenen Wohnung aufgefordert und nochmals die tatsächliche Miete für 6 Monate bezahlt.

KRin Fiegel-Hertrampf bemerkt, gerade im unteren Drittel der Mieten sei es zu vielen Verdrängungen gekommen. Von daher sei eine Erhöhung der als angemessen betrachteten Netto-Monatsmiete richtig. Sie fragt, warum Baidt als sehr begehrter Wohnort mit guter Anbindung mit 8,59 EUR/m² dem Vergleichsraum IV zugeordnet sei, Waldburg mit 8,55 EUR/m² jedoch dem Vergleichsraum II.

Herr Burgmaier antwortet, für die Zuordnung seien Angebote „empirisch“ ausgewertet und Marktgegebenheiten berücksichtigt worden.

Frau Raedler ergänzt, es habe nicht ins Gefüge gepasst, Baidt dem Sozialraum II zuzuordnen. Auch sozialräumliche Aspekte spielten dabei eine Rolle. Die Zuordnung solle jedoch nochmals diskutiert werden.

KR Kellenberger betont, wesentliche Voraussetzung für ein Einschreiten der Verwaltung müsse sein, dass Wohnungen in der als angemessen betrachteten Größe für eine als angemessen betrachtete Netto-Monatskaltmiete auch tatsächlich zur Verfügung stünden.

Herr Burgmaier bestätigt, eine Verallgemeinerung sei nicht möglich. Manche Personen schafften es nicht, innerhalb von 6 Monaten eine adäquate Wohnung zu finden. Es komme neben der Lage auf dem Wohnungsmarkt auch auf den Menschen, die

unternommenen Anstrengungen oder die Größe des Haushalts an.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

5. 0111/2020

Ergebnisse der Organisationsuntersuchung im Sozial- und Inklusionsamt

Herr Urbaniak präsentiert die Ergebnisse der Untersuchung.

Der Vorsitzende stellt fest, in einem intensiven, etwa 100 Mitarbeitende betreffenden sozialen Prozess sei „ein großes Rad gedreht“ worden. Nach 1,5 Jahren könne für ehemals zwei Ämter jetzt ein echter Integrationsprozess stattfinden. Für Bürger kämen alle Leistungen nun aus einer Hand. Er bedankt sich bei Herrn Urbaniak für die geleistete Arbeit und seine Beharrlichkeit.

KR Kellenberger bemerkt, bei aller gut dargestellten Effizienz sei gelebte Bürgerfreundlichkeit wichtig. Er bittet darum, den Gedanken einer Servicestelle nochmals genauer zu formulieren und die Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden zu erklären.

KRin Fiegel-Hertrampf lobt die Organisationsuntersuchung und das Entstehen attraktiver Arbeitsplätze für die Mitarbeitenden. Für Kunden seien jedoch auch Zuspruch und Empathie wichtig, nicht nur optimierte Geschäftsprozesse. Sie fragt, wie die Umstrukturierung bei der Belegschaft angekommen sei.

KRin Zodel fragt nach, ob es Mitarbeitende geben könne, die aufgrund ihrer Neigungen tatsächlich nur Richtlinien prüfen wollten ohne Kundenkontakt zu haben. Sie möchte wissen, ob dies vor Festlegung von Änderungen bei den Mitarbeitenden abgefragt worden sei und auch bereits bei der Einstellung berücksichtigt werde.

KR Engler begrüßt den ganzheitlichen Ansatz in der neuen Organisationsstruktur. Das Sachgebiet Zentrale Dienste müsse jedoch ein echter Dienstleister für andere sein und kein „Verschiebebahnhof“. Er wolle Menschen, die für Menschen da seien. Er bittet darum, für die erwähnten 70 Optimierungsmaßnahmen das Sparpotenzial nachvollziehbar sichtbar zu machen. Bei den Arbeitsplätzen plädiere er für Rotationsmöglichkeiten, die Monotonie vorbeugten. Kaminaufstiege sollten möglich sein.

KRin G. Müller erklärt, sie finde es befremdlich, dass keine Mitarbeiter mit juristischer Sachkompetenz mehr an Kundengesprächen teilnehmen sollten. Auch bei schwierigen Kunden sei manchmal die Anwesenheit eines höhergeordneten Mitarbeiters sinnvoll.

Herr Urbaniak antwortet, an schwierigen Kundengesprächen werde der jeweilige Qualitätsmanager teilnehmen. Auch der Sachgebietsleiter könne involviert werden. Das Servicebüro sei nicht als Maßnahme zur Abschottung zu verstehen. Der Kunde solle weiterhin jederzeit einen persönlichen Zugang zu seinem Sachbearbeiter haben. Auf das Servicebüro könnten jedoch einfache Geschäftsprozesse wie etwa die Ausgabe und Annahme von Anträgen übertragen und so Mitarbeitende in niedrigeren Entgeltgruppen beschäftigt werden. Dadurch würden Kunden gezielt gesteuert und Sachbearbeiter entlastet. Durch das Instrument der Terminvereinbarung seit Corona-Beginn hätten persönliche Kontakte überdies deutlich abgenommen, das Handling bei online-Anträgen sei zudem vereinfacht worden. Vor Einführung der Umstrukturierung habe es zahlreiche kleinere Besprechungsrunden mit Mitarbeitenden gegeben, in denen die Vorteile des neuen Konzeptes dargestellt worden seien. Teile der Belegschaft seien begeistert, andere Teile skeptisch gewesen. Qualitätsmanager hätten keine eigenen Fälle mehr und seien nur noch Dienstleister, ein großer Teil von ihnen verfüge über einen juristischen Hintergrund. Unterschiedlichen Mitarbeiterneigungen im Hinblick auf Publikumsverkehr und Fachlichkeit werde Rechnung getragen. Ein Kaminaraufstieg solle im selben Sachgebiet möglich sein, nicht jedoch im selben Aufgabenbereich.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

6. **Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)**

KR Engler erinnert an die geplante Entwicklung eines Konzeptes zum Thema kommunale Pflegekonferenz zusammen mit der Hochschule Ravensburg-Weingarten (TOP 4 des Sitzungsprotokolls vom 23.06.2020) und erkundigt sich nach dem Sachstand. Er möchte außerdem wissen, wie man mit den gestiegenen Fallzahlen im Suchtpräventionsprojekt HaLT umgehe (TOP 6 des Sitzungsprotokolls vom 23.06.2020) und wie der Fahrplan für ein Projekt zur Aggressionsbekämpfung aussehen könne (TOP 6 des Sitzungsprotokolls vom 23.06.2020).

Frau Raedler antwortet, das Antragsverfahren für die kommunale Pflegekonferenz

sei noch nicht abgeschlossen. Die Frist ende erst zum 30.09.2020. Doppelstrukturen im Hinblick auf die Gesundheitskonferenz sollten auf jeden Fall vermieden werden. Das Konzept mit der Hochschule Ravensburg-Weingarten sei erarbeitet und werde in der nächsten Ausschusssitzung vorgestellt. Das Thema Aggressionsbekämpfung habe aus Zeitgründen noch nicht angegangen werden können. Herr Stürmer werde für die nächste Ausschusssitzung eingeladen.

KR Engler erklärt, neben Aggression sei auch Alkohol ein Thema im Projekt HaLT, auf das Herr Stürmer eingehen solle.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Sozialausschuss am 29.09.2020:

Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse

Angelegenheiten des Amtes für Finanzen, Beteiligungen und Kreislaufwirtschaft

7. 0049/2020

Fortschreibung Kreisstrategie 2021

Beschlussentwurf:

Die Fortschreibung der Kreisstrategie 2021 erfolgt entsprechend der Anlagen „Fortschreibung Kreisstrategie 2021 – Beschlussfassung der Gremien“.

Beratungsergebnis: einstimmig empfohlen

8. **Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)**

Beratungsergebnis: keine

Z. B.

Vorsitzender

Landrat Harald Sievers

Stellvertr. Vorsitz

Schriftführerin

Dagmar Schöbel

Kreisräte

Gisela Müller

André Radke